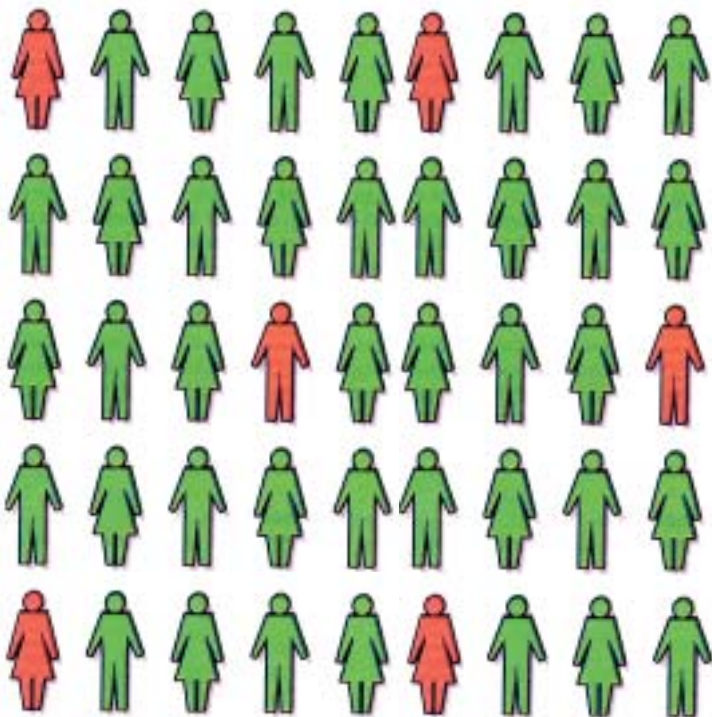


Joachim Bischoff

Allgemeines Grundeinkommen

Fundament für soziale Sicherheit?



Joachim Bischoff
Allgemeines Grundeinkommen

Joachim Bischoff ist Ökonom, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Autor von Büchern zu den Themen Kritik der politischen Ökonomie, Kapitalismustheorie, Krisenanalyse und Klassenverhältnisse. Er lebt in Hamburg. Letzte Buchveröffentlichung: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg, VSA, 2006.

Joachim Bischoff

Allgemeines Grundeinkommen

Fundament für soziale Sicherheit?

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-186-7

Inhalt

Kapitel 1

Sozialutopien im Widerstreit – Vollbeschäftigung neuen Typs oder allgemeines Grundeinkommen? 7

Reaktionen auf Hartz IV und die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit	13
Grundkonflikt für die bürgerliche Gesellschaft: Existenzsicherung durch Arbeit kann nicht mehr gewährleistet werden	19
Abschied von der Utopie der Vollbeschäftigung?.....	24

Kapitel 2

Mythos Arbeitsgesellschaft? 27

Gesellschaftliche Arbeit im 21. Jahrhundert.....	30
»Arbeitsucht« oder Ende der Arbeit?.....	38
Zeitautonomie für alle.....	46
Politik des Verzichts	48

Kapitel 3

Finanzmarktkapitalismus – oder: die Brasilianisierung der Wohlfahrtsstaaten 59

Kapitel 4

Grundeinkommen: Neoliberale Utopie oder Einstieg in die allgemeine Emanzipation? 71

Sozialutopischer Irrweg Grundeinkommen – Illusionäre Utopie Vollbeschäftigung	76
---	----

Kapitel 5

Das emanzipatorische Projekt

des 21. Jahrhunderts 81

Die Wüste lebt81

Das emanzipatorische Projekt des 21. Jahrhunderts.....82

Aktualität der arbeitgesellschaftlichen Utopie.....91

Für einen radikalen Politikwechsel –
und: bedarfsorientierte Grundsicherung
statt Grundeinkommen94

Literatur101

Kapitel 1

Sozialutopien im Widerstreit – Vollbeschäftigung neuen Typs oder allgemeines Grundeinkommen?

Forderungen nach bedingungslosem Grundeinkommen oder Existenzgeld haben in den vergangenen 20 Jahren immer wieder die linke Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und den Sozialstaat geprägt. In den 1980er Jahren bestimmte diese Debatte die Vorstellungen des rot-grünen Spektrums zum Umbau des Sozialstaats. Zu Recht konstatiert Michael Opielka, schon damals ein Protagonist des allgemeinen Grundeinkommens, gegenwärtig eine starke Aufmerksamkeit für diese Konzeption: »Seit den 80er Jahren wurde in akademischen Kreisen und zunächst im Umfeld der Grünen die Idee eines Grundeinkommens diskutiert... Dass sie nun, unterstützt durch charismatische Persönlichkeiten wie den dm-Drogerie-Markt-Chef Götz Werner oder das deutsche ›Netzwerk Grundeinkommen‹ ... erneut dynamisiert wird, hängt auch mit Hartz IV zusammen. Die Idee des Grundeinkommens bildet eine Antithese zum Programm der ›Aktivierung‹. Sie steht für ein Programm sozialer Grundrechte.« (Opielka 2006: 27)

Die verbreitete Annahme, dass die Einführung eines Grundeinkommens im Wesentlichen eine Forderung der Linken ist, trifft nicht zu. Aktuell gibt es eine große Anzahl von BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und zwar in einem bemerkenswert breiten gesellschaftspolitischen Spektrum. Die Liste der theoretisch argumentierenden BefürworterInnen reicht von Ulrich Beck über Daniela Dahn (2005) bis Georg Vobruba. Auch in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zeigt sich eine große Bandbreite ideologischer Positionen. Daniel Kreutz (2006) hält zu Recht fest: Bei

der »Gemeinde des bedingungslosen Grundeinkommens« handelt es sich um »ein buntes Spektrum höchst unterschiedlicher Vorstellungen, theoretischer Begründungen sowie interessenpolitischer und weltanschaulicher Orientierungen. Es reicht von Akteuren, die sich ausdrücklich in die Tradition des Vordenkers des Neoliberalismus, Milton Friedman, stellen, bis zu radikal gestimmten Linken, die zur Begründung ›ihres‹ BGE-Verständnisses gern Zitate von Karl Marx hervorklauben.

Vergrößernd kann unterschieden werden zwischen einem quantitativ kleinen, sozialstaatsfeindlichen und meist neoliberal inspirierten ›rechten‹ Flügel, der die medienöffentliche Diskussion dominiert, und einem zahlenmäßig überwiegenden ›linken‹ Flügel, der im BGE den zentralen Hebel zur Überwindung des Kapitalismus gefunden zu haben glaubt.«

Der Charakterisierung des faktischen Pluralismus kann ich folgen, die manchmal auch bei Kreutz durchscheinende These, es handele sich um eine absichtsvolle Vielfalt, ist der Polemik geschuldet und bringt uns nicht weiter. Die vorliegende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von BGE-Idee und Fragen der Arbeitsgesellschaft bezieht sich vorrangig auf Vorstellungen, die im Mitte-Links-Spektrum der BGE-Gemeinde beheimatet sind. Aus meiner Sicht drückt sich darin die Tatsache aus, dass aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen oder ideologischen Positionen auf das Problem einer verfestigten Arbeitslosigkeit reagiert wird.

Im Sommer 2006 hat der CDU-Ministerpräsident Althaus ein Grundeinkommen von 800 Euro für alle BürgerInnen vorgeschlagen. »Jeder Bürger soll ein garantiertes, bedingungsloses Grundeinkommen von 800 Euro pro Monat erhalten. Auch ohne die Verpflichtung, seine Arbeitsbereitschaft nachzuweisen. Positive Anreize sind doch wirkungsvoller als negative. Wir haben in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, dass gesetzliche Veränderungen bei Transferleistungen immer erhebliche Belastungen verursachten. Nicht nur für die Betroffenen,

sondern auch für diejenigen, die die Sanktionen durchsetzen müssen.« (zitiert nach taz vom 13.10.06)

Auch Thomas Straubhaar, der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, schlägt ein Grundeinkommen ohne bürokratischen Berechtigungs-, Ermittlungs- und Kontrollaufwand vor. Er hält dabei ein höher dotiertes Grundeinkommen für politisch und finanziell machbar, als es im Vorschlag von Althaus vorgesehen ist. Schließlich plädiert der Unternehmer Götz Werner für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.200 Euro und mehr. Michael Opielka hat mit anderen in einem Finanzierungsgutachten für die Konrad-Adenauer-Stiftung die Realisierbarkeit einer solchen Konzeption untersucht.

Im linken politischen Spektrum gibt es eine ganze Reihe von Strömungen und einzelnen BefürworterInnen eines entsprechenden Ausbaus sozialer Grundrechte, die sich in der Regel nicht in der Grundkonzeption, sondern in einzelnen Regelungen, Übergangsschritten und der Finanzierung unterscheiden. In den Diskussionsbeiträgen von Ronald Blaschke und Katja Kipping wird eine doppelte Abgrenzung vorgenommen: Sie wenden sich gegen »neoliberale Vollbeschäftigungskonzepte«, die einer »Arbeits-Kultur-Ideologie« entsprungen seien und somit keinen Beitrag zur Emanzipation aus der kapitalistischen Erwerbsarbeit leisten können. Gleichmaßen wollen sie nicht nur einen quantitativen Unterschied in der Höhe des Grundeinkommens gegenüber den Vorschlägen von Althaus u.a. realisiert sehen, sondern behaupten eine andere Entwicklungsperspektive als die Vorschläge aus dem bürgerlichen Lager.

Mit der Konzeption des bedingungslosen Grundeinkommens werde eine emanzipatorische Perspektive der Überwindung des Kapitalismus eingeleitet. Der Kampf um Reformen erhalte einen utopischen Horizont und der gefährliche Arbeitsfetischismus in linken Konzeptionen werde überwindbar (vgl. Kipping 2006a und b).

Das Grundeinkommen habe »selbst einen aus emanzipatorischer Sicht wünschenswerten Arbeitsumverteilungs-

effekt (und damit potenziell auch einen Umverteilungseffekt anderer notwendiger Tätigkeiten) ... Die Kombination mit einer radikalen kollektiven Arbeitszeitverkürzung befördert und stabilisiert die emanzipatorischen Effekte des BGE.« (Blaschke 2006a)

»Eine erfolgreiche Strategie gegen die neoliberale und konservative Politik ist eine Strategie, die die reale freie Verfügung jedes einzelnen über sein Leben zum Ziel hat. Eine erfolgreiche Strategie gegen die neoliberale und konservative Politik ist eine Strategie, die die Gewährleistung sozialer Sicherheit und individueller Freiheit auch als eine globale Aufgabe begreift.« (ebd.)

Nach diesem Überblick sind drei Thesen festzuhalten: *Erstens*: Entscheidend für die Konzeption des allgemeinen Grundeinkommens sind:

- eine existenzsichernde Geldzahlung von den politischen Institutionen des Gemeinwesens (Gesellschaft) unabhängig von der wirtschaftlichen Lage (Einkommen und Vermögen) der Begünstigten,
- diese kommt allen BürgerInnen individuell zu,
- ohne dass irgendeine Gegenleistung verlangt wird.

Zweitens: Über die Höhe eines solchen Einkommens und dessen Finanzierung gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Wolfgang Engler verweist auf eine wichtige Bedingung: »Ein Grundeinkommen für alle ist nur sinnvoll, wenn es ein auskömmliches Leben ermöglicht – also soziale, kulturelle und politische Mitwirkung. Es müsste höher liegen als die 800 Euro... Die Parole ›Nehmt den Leuten die Existenzangst, gebt ihnen ein bedingungsloses Grundeinkommen, dann werden sie sich selbst motivieren‹ kommt mir naiv vor. Nicht alle können einen Eigensinn in ihrem Dasein finden. Sie würden ihre Zeit verschwenden... Es geht darum, Menschen so auszubilden, dass sie mit einem Grundeinkommen etwas für ihr Leben anzufangen wissen. In Kitas, Schulen, Familien und weiterbildenden Einrichtungen müssten Menschen für mehrere Existenzformen präpariert werden: eine, die um den Beruf kreist, und eine für ein Leben ohne Arbeit – weil Menschen nicht

Definition Grundeinkommen

»Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das bedingungslos jedem Mitglied einer politischen Gemeinschaft gewährt wird, ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Arbeitspflicht. Es stellt eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in Europäischen Ländern und fast allen Industrienationen existierenden in drei grundlegenden Hinsichten unterscheidet:

- sie wird an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt;
- sie wird unabhängig von irgendeinem Einkommen aus anderen Quellen gezahlt;
- sie wird gezahlt, ohne dass Arbeitsleistung oder Arbeitsbereitschaft verlangt wird.«

(www.netzwerk-grundeinkommen.de)

reinfinden in die Arbeitswelt, weil sie nicht können oder wollen.« (Engler/Greffrath 2006)

Der Unternehmer Götz Werner hat Recht, wenn er darauf hinweist, dass in der aktuellen Debatte nicht die konkreten Modelle, sondern die Grundkonzeption in den Mittelpunkt gestellt werden sollte: »In der Zielsetzung sollte ein Grundeinkommen ein Kulturminimum sein. Davon leben können und auch die Möglichkeit haben, sich weiter zu entwickeln – darum geht es... Bevor detailversessen über konkrete Modelle gesprochen wird, sollte das Grundeinkommen zunächst auf der Ideenebene gehalten werden.« (Werner 2006b)

Es differieren also die Konzeptionen je nachdem, in welcher Weise die Besteuerung von zusätzlichem Einkommen – sei es aus dem Verkauf der Arbeitskraft, Kapital- oder Vermögenseinkommen – geregelt werden soll. Naheliegend ist außerdem, dass die Schwerpunkte in der Begründung für diese neue Qualität der sozialen Rechte unterschiedlich ausfallen.

Drittens: Die grundlegende Differenz in den Konzeptionen besteht in Folgendem: Ein Teil der Protagonisten betrachtet ein allgemeines Grundeinkommen als vereinbar mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung oder

sogar als wesentlichen Schritt der weiteren Ausgestaltung dieser von hoher Produktivität geprägten Wirtschaftsordnung. In der Gegenposition wird dem bedingungslosen Grundeinkommen der Charakter einer Realisierung eines emanzipatorischen Lebens zu geschrieben und damit eine die kapitalistische Gesellschaftsordnung sprengende Perspektive. »Während die Armut bekämpfende Politik nicht grundlegend die Verhältnisse, unter denen Menschen arbeiten und leben müssen, in Frage stellt, reicht der emanzipatorische Ansatz (des BGE – J.B.) über bestehende Herrschaftsverhältnisse hinaus. Natürlich ist die Aufhebung von Armut ein wichtiger Ansatz emanzipatorischer Politik, aber bei weitem nicht der einzige und ausreichende... Emanzipation heißt, dass sich die Menschen aus [der Hand] ungewollter fremder Verfügung [lösen] und ihr Leben, Tätigsein und Arbeiten in die eigene Hand nehmen (können). Solche ungewollten Fremdverfügungen können Verfügungen des Marktes, des Staates und herrschender Personen sein. Neoliberale und konservative Politiken verhindern die Emanzipation von Menschen. Die mögliche freie Verfügung über das eigene Leben wird dem sich in alle öffentlichen und privaten Bereiche ausweitenden Markt und Staat sowie damit verbundenen persönlichen Abhängigkeiten geopfert. Ein BGE ermöglicht die weit gehende freie Verfügung aller Menschen über das eigene Leben.« (Blaschke 2006c)

Die Tatsache, dass die Konzeption eines Grundeinkommens sowohl im neoliberal-konservativen Lager als auch im linken gesellschaftspolitischen Spektrum Unterstützung findet, sollte nicht dazu führen, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und sich gegen die Konzeption einer Grundsicherung überhaupt gewendet wird. Im Folgenden soll der gesellschaftstheoretische Hintergrund skizziert, die Realisierbarkeit der Forderung geprüft und abschließend der utopische Gehalt der Konzeption des Grundeinkommens beleuchtet werden.